

## Leitantrag NEOS Wien

### Das Wichtige zuerst!

Das alte politische System hat abgedankt, die Bürgerinnen und Bürger vertrauen den etablierten Parteien nicht mehr. Wir wollen alte Strukturen aufbrechen und Neues wagen. Wir treten an gegen ein im Sterben befindliches politisches System, das sich auf Errungenschaften der Vergangenheit ausruht und sich gegen Neuerungen aus Angst vor Machtverlust wehrt.

Wien steht vor massiven Problemen: Der Schuldenberg wächst kontinuierlich; die Stadt hat offenbar längst den Willen verloren, den Schuldenpfad wieder zu verlassen. Die Zahl der Arbeitslosen und der Mindestsicherungsbezieher\_innen steigt ungebremst. Es besteht nur wenig Hoffnung, dass die Integration der Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt gelingen wird. Uns droht nicht weniger als eine Spaltung der Gesellschaft dieser Stadt. Es braucht daher dringend eine Politik, die für und mit den Menschen arbeitet.

Das Wichtige zuerst:

- Wie wollen Wien als lebenswerte und weltoffene Metropole, in der alle Menschen, vor allem auch junge Menschen, alle Möglichkeiten haben, sich zu entfalten.
- Wir wollen ein Wien, das Kindern alle Chancen bietet: Beste Bildung von der Elementarpädagogik bis zur Universität.
- Wir wollen ein Wien, das unternehmerische Menschen, die Neues wagen und dabei Risiken eingehen willkommen heißt und sie machen lässt.
- Wir wollen eine Stadt, in der Integrationspolitik fordernd und leistungsorientiert angegangen wird und in der alle nach ihren Möglichkeiten einen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten
- Wir wollen ein Wien, das leistbaren Wohnraum für alle bietet und in der die Menschen einen fairen Preis für öffentliche Leistungen zahlen.

Um das zu erreichen, zeigen wir klar, laut und beständig Missstände auf, die das alte Politsystem nicht mehr erkennt. Wir haben einen konkreten Plan, den wir aufrichtig, energisch und unbeugsam verfolgen. Die Politik muss endlich wieder das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen. Dazu braucht es Ehrlichkeit und konstruktive Lösungen und vor allem eine grundlegende Erneuerung des politischen Systems. Nur so werden die nötigen Reformen möglich. Wir treten daher an gegen Stillstandspolitik, die die Zukunft verbaut. Zum Beispiel in der Bildung: SPÖ und ÖVP blockieren seit Jahrzehnten eine echte Bildungsreform. Gleichzeitig sinkt das Niveau in den Schulen. Lehrerinnen und Lehrer – gerade in Wien – sind mit unbewältigbaren Herausforderungen konfrontiert. In vielen Schulen fehlen auch aufgrund einer aufgeblähten Schulverwaltung und einer ungerechten Verteilung der Gelder die Mittel, um alle Kinder entsprechend zu fördern und auf die Aufgaben des Lebens vorzubereiten.

Politik darf kein Selbstzweck sein! Wir wollen beim politischen System sparen – und auch bei uns selbst. Wir wollen eine Halbierung der Parteienförderung, die Abschaffung von sinnlosen Posten und volle Transparenz bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln an Parteien und parteinahe Organisationen. Als einzige Partei haben wir auch die zusätzliche Partei-Akademieförderung abgelehnt, die sich die anderen Parteien im Rathaus in seltener Eintracht genehmigt haben. Wir sehen uns als Bürgerbewegung, die im Rathaus als Anwältin der Wienerinnen und Wiener auftritt und mit Verantwortung für die Zukunft agiert. Wir sind Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, denen es nicht um Posten und Machterhalt, sondern ums Zuhören und Gestalten geht.

Wir kämpfen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld, gegen Freunderlwirtschaft und Korruption und für eine neue Politik, die die Bürgerinnen und Bürger in ihre Entscheidungen einbindet. Wir machen kantige Oppositionspolitik und sprechen Missstände deutlich an. Wir zeigen aber auch Perspektiven auf und arbeiten konstruktiv mit allen zusammen, wenn es um Lösungen geht. Wir sind die Alternative für alle, die eine positive Veränderung mit echten Lösungen wollen.

Durch Transparenz und einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern wollen wir erreichen, dass nicht mehr Parteien, Funktionäre und Günstlinge im Mittelpunkt der Politik stehen, sondern die Arbeit für die Menschen in Wien.

### **Transparentes und nachvollziehbares Förderwesen**

Österreich ist Förderweltmeister! Laut Informationen des Budgetdienstes im Parlament werden über den Bund 19 Milliarden Euro, über die Länder und Gemeinden nochmals 7 Milliarden Euro verteilt. Besonders intransparent ist dabei das Förderwesen in Wien: Die Transparenzdatenbank des Bundes, die eine gesamthafte Darstellung aller Förderungen gewährleisten und Doppelförderungen verhindern sollte, wird von der Bundeshauptstadt nicht befüllt. Millionenbeträge gehen Jahr für Jahr an parteinahe Vereine, z.B. an Kulturvereine in den Bezirken. Ganze Förderzweige sind mittlerweile untrennbar mit dem Parteienstaat verwoben.

Wir fordern beharrlich ein, dass die öffentliche Hand bei Förderungen einen konkreten Plan verfolgt und außerdem umfassend darüber informiert, wer warum wie viel Geld erhält. Es soll darauf ankommen, was eine Einrichtung leistet und welchen Mehrwert sie für die Gesellschaft bringt, und nicht welche Kontakte sie ins Rathaus hat.

- Förderungen brauchen gesetzliche Grundlagen: Ein Wiener Fördergesetz soll Rahmenbedingungen für das gesamte Förderwesen schaffen. Das neu zu schaffende Gesetz soll festlegen, dass jede Stelle, die Förderungen vergibt, transparente und klare strategische Förderziele sowie Förderrichtlinien für die geförderten Einrichtungen erlässt. Förderempfänger müssen dazu verpflichtet werden – in einem administrativ vertretbaren Rahmen – Rechenschaftsberichte zu veröffentlichen.
- Förderungen müssen treffsicher und effektiv sein und regelmäßig Evaluierungen anhand konkreter Förderziele unterzogen werden. In Zeiten hoher Verschuldung

der öffentlichen Haushalte muss bei der Fördervergabe das Prinzip gelten „Das Wichtige zuerst“.

- Förderungen brauchen Kontrolle: Grundsätzlich soll in jeder Förderungsvereinbarung festgehalten werden, dass dem Stadtrechnungshof das Recht eingeräumt wird, den Förderempfänger einer Prüfung unterziehen zu können.
- Förderungen brauchen Transparenz: Der im rot-grünen Regierungsprogramm angekündigte Subventionsbericht muss umfassend und verständlich ausfallen und auch Förderungen durch Fonds der Stadt Wien (Wirtschaftsagentur Wien, waff etc.) berücksichtigen. Die Stadt Wien soll sich umgehend an der Transparenzdatenbank des Bundes beteiligen.
- Wien muss sämtliche Förderungen in die Transparenzdatenbank des Bundes vollständig einspeisen. Nur so kann die Datenbank ihren Steuerungs- und Überprüfungszweck erfüllen.

### **Wirksame Maßnahmen gegen Korruption und Steuergeldverschwendung**

Geschäfte mit und für Freunde haben in Wien System. Dubiose Deals und Verträge stehen auf der Tagesordnung. Nach und nach kommen immer mehr Skandale ans Licht der Öffentlichkeit: Sei es der Verkauf der Pavillons auf dem Semmelweis-Areal, der Pachtvertrag der Copa Cagrana oder der Förderskandal rund um Wiener Privatkindergärten. Wir schauen nicht länger dabei zu, wie zulasten der Bürger\_innen die Freunderlwirtschaft um sich greift und fordern konkrete Maßnahmen gegen Korruption und Steuergeldverschwendung.

- Einsetzung einer ständigen Taskforce gegen Korruption bestehend aus Vertreter\_innen des Magistrats, des Stadtrechnungshofes und der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft. Ihre Aufgabe besteht darin, Korruptionsfällen und Verdachtsmomenten in Wien nachzugehen, dem Gemeinderat darüber zu berichten und gegebenenfalls die sofortige Strafverfolgung einzuleiten.
- Installierung eines weisungsfreien Vertrauensanwaltes. Der Vertrauensanwalt dient als Anlaufstelle und Beratungseinrichtung für Hinweisgeber\_innen beziehungsweise Korruptionsopfer. Bürger\_innen sollen die Möglichkeit haben, anonym Hinweise auf vermutetes Fehlverhalten von Bediensteten der Wiener Landesverwaltung und Beschäftigten in sämtlichen Verantwortungsbereichen des Landes zu geben.
- Als zusätzliche Präventionsmaßnahme gegen Korruption veröffentlichen Taskforce und Vertrauensanwalt einen jährlichen Transparenz- und Korruptionsbericht, den sie dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit vorlegen.

### **Ein umfassendes Transparenzgesetz ohne Wenn und Aber**

Als letzter Staat der Europäischen Union hat Österreich noch immer ein im Verfassungsrang verankertes Amtsgeheimnis. Hier braucht es einen grundlegenden Paradigmenwechsel: Anstatt Informationen der öffentlichen Hand grundsätzlich geheim zu halten, sollen diese grundsätzlich öffentlich sein, wenn keine dringenden Gründe dagegen sprechen. Der Entwurf eines Informationsfreiheitsgesetzes wird nun seit über drei

Jahren von Schwarz und Rot im Bund verhandelt. Der aktuelle Entwurf sieht viele Ausnahmeregelungen vor, sodass die Expert\_innen von Transparency International und vom Forum Informationsfreiheit eher von einem Rückschritt als von einem Fortschritt sprechen.

Besonders die Bundeshauptstadt hat eine transparente Politik und Verwaltung bitter nötig. NEOS wird daran arbeiten, dass Wien nach Erlass des Informationsfreiheitsgesetzes einen Schritt weiter geht und sich zum österreichweiten Vorreiter in Sachen Transparenz entwickelt.

- NEOS Wien spricht sich für ein möglichst umfassendes Informationsfreiheitsgesetz aus, dessen Ausnahmen zwingend und eng gefasst sind.
- NEOS Wien spricht sich klar gegen eine Aushöhlung des Informationsfreiheitsgesetzes durch weiter einschränkende Landesgesetze aus.
- Die Stadt soll einen Transparenzbeauftragten einrichten, der im Streitfall zwischen dem Recht auf Information und schutzwürdigen Interessen der öffentlichen Hand abwägt.

### **Faire Spielregeln bei der Vergabe öffentlicher Aufträge**

Viele Ereignisse der letzten Zeit zeigen grobe Missstände der Stadt Wien im Umgang mit dem Vergaberecht auf. Die politisch Verantwortlichen versuchen immer wieder, das Vergaberecht bewusst zu umgehen. In der Donaustadt wurde kürzlich der Auftrag für einen Schulneubau ohne Vergabe an einen SPÖ-nahen Bauträger vergeben. Dies ist aber kein Einzelfall: Laut Rechnungshof vergab die öffentliche Hand in Wien alleine 2013 Aufträge in Höhe von 23 Millionen Euro an Parteiunternehmen.

Dieser Selbstbedienungsmentalität muss ein Riegel vorgeschoben werden. Statt einem Nährboden für Freunderlwirtschaft und strukturelle Korruption wollen wir Transparenz und Fairness bei öffentlichen Aufträgen.

- Einführung des Verbots von Aufträgen der öffentlichen Hand an Unternehmen und Institutionen im (Teil-) Eigentum von Parteien.
- Umgehungen des Vergabegesetzes sollen auch durch Interessensverbände (z.B. Architektenkammer) anfechtbar sein.
- Verbot der Teilnahme von Politiker\_innen (Mandatar\_innen) an Jurys und Gremien in städtebaulichen Wettbewerben.
- Erlass von strengen Compliance-Richtlinien bei In-House-Vergaben um Marktverzerrungen zu verhindern.

### **Politik ist kein Selbstbedienungsladen – Parteienförderung halbieren und Parteiakademieförderung zurücknehmen**

Österreich ist das Land in der Europäischen Union mit der höchsten Parteienförderung. In diesem aufgeblähten Versorgungsapparat schüttet Wien von allen Bundesländern das meiste Geld an die Parteien aus. 27 Millionen Euro Steuergeld erhalten die Rathausparteien Jahr für Jahr – inklusive automatischer Anpassung an die Inflation. Doch die etablierten Parteien kriegen den Hals trotz allem nicht voll. Um die nach den Wahlverlusten geringere Parteienförderung wieder auszugleichen erfanden Rot und Grün

Ende 2015 eine „Landesparteiakademieförderung“ – eine zusätzliche Parteienförderung in Höhe von 2,4 Millionen Euro pro Jahr. Und wenn's ums Geld geht, sagt (fast) keiner nein: In seltener Einigkeit wurde die Parteiakademieförderung mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ, Grünen und ÖVP durch den Gemeinderat gepeitscht. Nur NEOS stimmte gegen die Zusatzförderung für Parteien und wird die Parteiakademieförderung auch nicht annehmen.

- Wir fordern die Rücknahme des Gemeinderatsbeschlusses zur Parteiakademieförderung!
- Wir sprechen uns nicht grundsätzlich gegen politische Bildung auf Landesebene aus, solange die Mittel hierfür aus der regulären Parteienfinanzierung zweckgewidmet werden.
- NEOS Wien bekennt sich auch in Zukunft dazu, Mittel aus der Landesparteiakademieförderung nicht anzunehmen. So sparen wir den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern knapp 1 Million Euro über die gesamte Periode.
- NEOS fordert die Halbierung der Parteienförderung in Wien.

### **Geld für Bildung statt für Inserate – Für ein Ende der hemmungslosen Inseratenpolitik**

Die Stadt Wien betreibt ungehemmt Selbstbeweihräucherung auf Kosten der Steuerzahler\_innen. Wenn man die Werbeausgaben aller Bundesländer außer Wien zusammenrechnet und dann noch die Informationskampagnen aller Bundesministerien hinzuzählt, so kommt man immer noch auf erst 60% des Werbeetats der Stadt Wien. Etwa 50 Millionen Euro beträgt das offizielle Werbebudget der Stadt sowie der städtischen Unternehmen pro Jahr.

Diese 50 Millionen sind aber nur die Spitze des Eisbergs: Inserate unter 5.000 Euro pro Medium und Quartal müssen überhaupt nicht gemeldet werden (laut Schätzungen des Rechnungshofes betrifft das etwa die Hälfte aller öffentlichen Werbemaßnahmen). Auch nicht erfasst sind die millionenschweren Plakatkampagnen von MA 48, Wiener Linien & Co. Dazu kommen unter anderem noch der Vertrag mit dem SP-nahen Bohmann Verlag (22 Millionen pro Jahr), das Budget für Auslandskommunikation (10 Millionen pro Jahr) sowie die städtische Eventagentur (5 Millionen pro Jahr). Offizielle Angaben über die Werbekosten der Stadt gibt es nicht. Insgesamt ist von Werbe- und Marketingmaßnahmen um 100 Millionen Euro pro Jahr auszugehen.

- Kürzung des Werbebudgets um 50%. Einschaltungen der Stadt dienen nur der Information der Öffentlichkeit und nicht der Imageaufbesserung von Stadträtinnen und Stadträten.
- Die Wiener Stadtregierung soll einen jährlichen Bericht über ihre Öffentlichkeitsarbeit veröffentlichen, der Informationen über alle Maßnahmen der Stadtratsbüros, der Dienststellen des Magistrats und der ausgelagerten Unternehmen beinhaltet.

- Reform des Medientransparenzgesetzes: Die so genannte „Bagatellgrenze“ bei der Meldung von Inseraten an die RTR von 5.000 Euro pro Medium und Quartal muss fallen, um eine wirklich transparente und umfassende Darstellung öffentlicher Werbung zu gewährleisten

Nur mit der Umsetzung dieser Maßnahmen kann die Politik wieder Glaubwürdigkeit gewinnen. Es ist höchste Zeit für ein Ende der ideologischen Grabenkämpfe! Wir müssen endlich an Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit arbeiten. Integration, Bildung, Wirtschaft, Budget, Gesundheit und Bürgerbeteiligung sind jene Bereiche, in denen es dringend Reformen braucht, um die alarmierende Arbeitslosigkeit und alle damit verbundenen Probleme, die verantwortungslose Rekordverschuldung und die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung sowie eine drohende Spaltung der Gesellschaft zu verhindern und den Menschen in Wien wieder neue, positive Perspektiven zu bieten. Wir werden Reformen vorantreiben und lassen uns nicht von der Blockadehaltung der anderen Parteien abschrecken. NEOS Wien ist mutiger!